



Ein Licht für den Frieden

In Ostritz ist am Montagabend das Rathaus in den Landesfarben der Ukraine angestrahlt gewesen. „Wir wollen damit ein Zeichen setzen“, sagt Georg Salditt von der Friedensfest-Initiative, der mit anderen Mitgliedern schon an einer gegen den Krieg gerichteten Demonstration am Wochenende in Dresden teilnahm. Auch in Ostritz sollte eine Aktion gestartet werden. Deshalb erstrahlte am Montagabend nicht nur das Rathaus, sondern es gab auch Gebet und Gesang. Dazu sprach Bürgermeisterin Marion Prange (parteilos) und die Grünen-Landtagsabgeordnete Franziska Schubert warb um Hilfen für Geflüchtete. Einige Hundert Menschen kamen, um schließlich gemeinsam ein Friedenslicht zu entzünden. Darunter auch Teilnehmer von „Zittau gemeinsam“, die extra dafür vorzeitig von ihrer Demo auf dem Zittauer Marktplatz aufgebroschen waren, wo sie einmal mehr ein Zeichen gegen die wöchentlichen Corona-Proteste gesetzt hatten. Foto: Rafael Sampedro

PROJEKTIONEN
IN DER DRESDNER INNENSTADT
ERLEBNIS(WELT)RAUM
THE IMMERSIVE EXPERIENCE
www.projektion-dresden.de
KOSTENFREI IN DER DRESDNER CITY
DRÄGER STRASSE 4A
01 03 - 25.03.2022
SPREIBANK | #VollDresden | CITY RESERVE

Müllsammler finden Mine und Munition

Die Mitglieder vom Verein „Kraut & Rüben“ haben einen Frühjahrsputz im Eichgrabener Feuchtgebiet gemacht – und dabei Gefährliches gefunden.

In vier Stunden drei Kubikmeter Müll gesammelt – und einen Polizeieinsatz ausgelöst: Das ist das Ergebnis des Frühjahrsputzes im Eichgrabener Feuchtgebiet am vorigen Sonnabend. Der Hartauer Verein „Kraut & Rüben“ rief dazu bereits das dritte Jahr infolge auf. Am Ende streiften 13 Freiwillige durch Teile des Biotops. „Einige Unikate waren auch in diesem Jahr dabei“, resümiert Vereinschef Lukas Stöckmann. Neben Autoreifen, Schläuchen und Glasmüll holte die Gruppe einen Rasenmäher, ein altes Zeltlager und Kabelisolation heraus. Diese haben laut Stöckmann vermutlich Kabeldiebe zurückgelassen. Wegen zwei Funden – einer Tellermine und Panzermunition – musste auch die Polizei gerufen werden. „Der Einsatz endete glücklicherweise harmlos“, so der Vereinschef.

Mit der Aktion möchte „Kraut & Rüben“ zur Bewahrung des Biotops rund um den naturnahen Pfaffenbach beitragen. Das Eichgrabener Feuchtgebiet ist Teil des europäischen Schutzgebietsystems „Natura 2000“. (SZ)



Die Helfer fanden eine Tellermine und Panzermunition. Foto: Verein

Corona-Bonus für Bürgermeister?

Einige Bürgermeister erhalten im März 1.300 Euro Prämie. Wer automatisch profitiert, wer nicht und warum es Kritik gibt, erklärt Kreis-SSG-Chef Roland Höhne.



Roland Höhne ist Bürgermeister von Rosenbach und Sprecher des Sächsischen Städte- und Gemeindetages im Landkreis Görlitz. Foto: SZ-Archiv

VON ANJA BEUTLER

Mit dem Märzgehalt landet auch auf den Köpfen der hauptamtlichen Bürgermeister im Landkreis Görlitz eine Corona-Sonderzahlung. 1.300 Euro gibt es als einmaligen Betrag „zur Abmilderung der zusätzlichen Belastung aufgrund der Corona-Krise“, wie es im frisch vom Freistaat dazu veröffentlichten Gesetz heißt. Auch ehrenamtliche Bürgermeister können in den Genuss solcher Sonderzahlungen kommen, aber nicht automatisch. Dieser Umstand und die Frage der Angemessenheit dieser Zahlungen sind unter den Ortschefs durchaus umstritten. Rosenbachs Bürgermeister Roland Höhne, Vorsitzender des Sächsischen Städte- und Gemeindetages (SSG) im Kreis, über Kritik, Unwohlsein und die Hintergründe dieser Regelung.

Herr Höhne, warum werden ausgerechnet die Bürgermeister jetzt diese Sonderzahlung?

Es sind nicht „ausgerechnet“ die Bürgermeister, die diese Sonderzahlung erhalten. Aus verfassungsrechtlichen Gründen müssen die finanziellen Eckpunkte aus Tarifabschlüssen – also auch die Sonderzahlung – auf Richter und weitere Beamte des Öffentlichen Dienstes von Ländern und Kommunen ausgeweitet werden – und damit auch

auf die hauptamtlichen Bürgermeister. Dazu war ein Gesetz nötig, das am 9. Februar verabschiedet wurde. Viele ehrenamtliche Bürgermeister haben das als ungerecht empfunden. Die Herausforderungen, die sich aus Corona ergeben, mussten ja nicht nur in den größeren Städten gemeistert werden.

Gehen die ehrenamtlichen Bürgermeister denn leer aus?

Man hat unsere Kritik insofern angenommen, dass jetzt auch ehrenamtliche Bürgermeister diese Zahlung erhalten können – allerdings muss das der Gemeinderat zuvor beschließen. Von einigen meiner Kollegen weiß ich, dass sie einen solchen Beschlussvorschlag aber gar nicht erst in ihren Rat einbringen werden. Ich übrigens auch nicht. Der Beschluss des Landtages, die ehrenamtlichen Bürgermeister nur bei entsprechendem Gemeinderatsbeschluss einzubeziehen, fällt wohl eher in die Rubrik „Steine statt Brot“ und ist ohnehin in meinen Augen fragwürdig.

Was stört Sie denn prinzipiell daran?

Warum muss an dieser Stelle der Öffentliche Dienst vorsehen? Wenn ich mir zum Beispiel Unternehmen in der Privatwirtschaft ansehe, die unter den Folgen der

Pandemie viel mehr zu leiden hatten als die Verwaltungen und keine Corona-Boni zahlen können, frage ich mich schon, ob dies das richtige Signal ist. Erst recht, wenn ich daran denke, dass von den bereits in den vergangenen Monaten gezahlten Prämien der Bundesregierung für die Krankenhäuser auch nur ein Teil der Mitarbeiter profitiert hat – für die anderen Mitarbeiter mussten die Kliniken selbst einen Zuschlag finanzieren ...

Zumal auch die Höhe aufhorchen lässt: Für Mitarbeiter in der Altenpflege ist laut Bundesgesundheitsministerium aktuell eine Prämie von maximal 550 Euro im Gespräch ...

Auch das ist ein Punkt. Diese 1.300 Euro müssen außerdem aus der Gemeindekasse gezahlt werden, die kommen nicht von Freistaat oder Bund. Auch das ist schwierig zu vermitteln, meiner Ansicht nach.

Können auch hauptamtlich tätige Bürgermeister die Zahlung gewissermaßen umgehen?

Es gibt dafür meines Erachtens gar keinen Grund, auch wenn die Corona-Pauschale förmlich gesehen kein Bestandteil ihrer Besoldung ist. Die Landesbeschäftigten und die Beamten sehen sich trotz hoher Preissteigerungen für 14 Monate einer Nullrunde in ihrer Besoldung gegenüber. Es gibt da keinen Neid unter den ehrenamtlichen Bürgermeistern auf die hauptamtlichen. Die letzten zwei Jahre waren für alle Bürgermeisterinnen und Bürgermeister extrem herausfordernd.

Ihre in der Gemeinde angestellten Mit-

arbeiter profitieren von dieser Regelung aber nicht?

Nein, der Tarifvertrag der Länder gilt nur für die Landesbeschäftigten und wird dann per Gesetz auf die Beamten übertragen. Für die kommunalen Mitarbeiter gibt es einen eigenen Tarifvertrag. Aber zu diesem Thema haben wir uns im Gemeinderat schon verständigt. Unsere 30 Gemeinde-Mitarbeiter in Rosenbach – das sind vor allem Erzieher in der Kita und Bauhofmitarbeiter – hatten durch die Corona-Regelungen ebenfalls große Probleme. Und da wir alle gleich behandeln wollen, haben sie bereits im vergangenen Jahr eine Sonderzahlung erhalten und bekommen nun im März nochmals je 300 Euro.

Warum ausgerechnet jetzt im März?

Weil der Bund derartige Sonderzahlungen noch bis Ende des Monats März steuerfrei stellt. Das heißt für diejenigen, die das Geld erhalten, brutto gleich netto. Das ist übrigens auch der Grund, warum auch die Bürgermeister und Beamten im März 2022 diese Zahlungen erhalten werden.

Für Gemeinden, die ihrem ehrenamtlichen Bürgermeister diese Summe gönnen wollen, ist das aber ein sehr schmales Zeitfenster, denn das Gesetz wurde ja erst Anfang Februar beschlossen ...

Ja, das stimmt. Der Gemeinderat muss entweder im Februar oder spätestens Anfang März einem entsprechenden Antrag zustimmen. Aber, wie gesagt, viele meiner Kollegen, die wie ich keine hauptamtlichen Bürgermeister sind, werden einen solchen Antrag nicht erst einbringen, das haben sie bereits durchblicken lassen.

Kreis schaltet Plattform für Ukrainehilfe frei

Über soziale Medien schaffen verschiedene Menschen in ihrer Geschwindigkeit Hilfsangebote. Da können die Behörden nicht mithalten. So kann man helfen.

Auch wenn sie in Dresden derzeit in einer Regierung vereint sind, gibt es schon politische Unterschiede zwischen dem CDU-Landtagsabgeordneten Stephan Meyer aus Oederwitz und seiner Kollegin Franziska Schubert von den Grünen aus Görlitz. Doch der Krieg in der Ukraine lässt Grenzen schwinden. „Es ist jetzt keine Zeit für Parteipolitik“, schreibt Meyer auf seiner Facebookseite, „sondern für sinnvolle Koordination und die Bündelung von Hilfen in unserer Gesellschaft.“ Es geht um die Koordinierungsstelle, die Franziska Schubert mit den Bündnispartnern in Görlitz aufbaut. Den Hut auf für das Sammeln von Unterkünftsangeboten zum Beispiel hat dort Carolin Renner. „Es sind schon viele Angebote eingegangen“, sagt sie, bislang ist eine Flüchtlingsstelle, wie sie die westukrainischen Regionen und direkt angrenzende Länder wie Polen jetzt erleben, in Deutsch-



Carolin Renner (li.) kümmert sich bei der Koordinierungsstelle der Grünen um das Sammeln von Unterkünftsangeboten für Ukrainer. Foto: Nikolai Schmidt

land aber noch nicht spürbar. Doch falls diese kommt, werden Unterkunfts-Angebote sicher auch gebraucht, nimmt Carolin Renner an. Wie sich Flüchtlingsströme entwickeln, dazu ist sie mit der Organisation Mission Lifeline in Verbindung.

Extrem viele Anfragen, wie man helfen kann, erhält auch der Landkreis Görlitz. „Wir wissen nicht, was auf uns zukommt“, sagte Landrat Bernd Lange (CDU) am Montag im Gesundheitsausschuss des Kreistages. „Aber wir sind nicht unvorbereitet.“

„Heimplätze haben wir“, diese sollten aber nur temporär genutzt werden. Männer zwischen 18 und 60 dürfen aus der Ukraine nicht ausreisen. Daher sei anzunehmen, dass vor allem Frauen und Kinder nach Sachsen kommen. Der Kreis will, wenn es nötig wird, wieder auf dezentrale Unterbringung setzen, sich dazu wieder mit den Kommunen absprechen. Auch zur Flüchtlingskrise 2015 und in den darauffolgenden Jahren hatte der Kreis, stärker als andere, Flüchtlinge in Wohnungen statt Hei-

men untergebracht und damit gute Erfahrungen gesammelt. Vor Kurzem sprach Lange mit dem Zgorzelezer Landrat Artur Bielinski. „Wir haben vereinbart, dass wir uns gegenseitig unterstützen, sollte einer der Kreise überfordert werden“, so Lange.

Ein Grund, warum öffentliche Stellen wie auch die Bundespolizei wenig Aussagen zu Ankünften ukrainischer Menschen machen können: Anders als etwa bei Flüchtlingen aus Afghanistan, können Ukrainer mit dem E-Pass drei Monate ohne Visum in Deutschland verweilen. Als Ansprechpartner stehe dennoch die Ausländerbehörde auf der Otto-Müller-Straße in Görlitz zur Verfügung, erklärte Lange. „Wir haben auch Dolmetscher.“ Und nun auch eine Hilfe-Plattform. Auf dieser kann man Hilfsangebote, vor allem für Unterkünfte einstellen, sie werden vom Kreis an zuständige Stellen weitergeleitet. „Unsere gesellschaftliche Aufgabe ist es, den ankommenden Flüchtlingen schnell und unkompliziert zu helfen“, so Lange. (SZ)

■ Hilfeangebote Landkreis: ☎ 03581 3290188
mail hilfe@ukraine-goerlitz.de web ukraine-goerlitz.de
■ Koordinierungsstelle Grüne: ☎ 03581 8766900
mail carolin.renner@franziska-schubert.de

Sprunghaft ist zu Beginn der Woche die Zahl der Corona-Patienten in Kliniken im Kreis Görlitz gestiegen. Wie das Kreis-Gesundheitsamt am Dienstagmittag informierte, meldeten die Krankenhäuser 108 Corona-Patienten – 18 mehr als noch am Montag. Sechs von ihnen liegen auf einer Intensivstation. Der jüngste Patient auf einer ITS ist erst 42 Jahre alt, der älteste 76 Jahre. Gestiegen ist auch wieder der Anteil der Ungeimpften an den Patienten. 45 Prozent aller Personen mit einer Corona-Infektion auf Normalstationen und 50 Prozent auf Intensivstationen sind ungeimpft. Allerdings sagt der Impfstoff von Patienten in den Kliniken nichts über die Wirksamkeit von Impfungen aus, wie das Robert-Koch-Institut feststellt. Dazu zieht die Behörde zahlreiche weitere, laufende Studienergebnisse heran.

Dagegen sinken die Inzidenzwerte sowohl beim Robert-Koch-Institut als auch beim Kreis-Gesundheitsamt. Das RKI gab die 7-Tage-Inzidenz am Dienstagmorgen mit 876 an, der tiefste Wert seit 9. Februar, das Kreis-Gesundheitsamt berechnete die 7-Tage-Inzidenz mit 1.151. Nach RKI-Angaben ist der Inzidenzwert im Kreis Görlitz der tiefste sachsenweit.

Aktuell wurden im Landkreis Görlitz 371 Neuinfektionen mit dem Coronavirus festgestellt, am Dienstag vor einer Woche waren es 573. Revidiert hat der Kreis die Todesstatistik. Ein Todesfall in Seifhennersdorf wurde gestrichen, sodass nunmehr 1.518 Todesfälle im Zusammenhang mit dem Coronavirus zu Buche stehen. (SZ/sb)